

Harsewinkel  
Marienfeld  
Greffen



Unabhängige Wähler-Gemeinschaft

UWG Harsewinkel e.V. Reichenbacher Str. 6 33428 Harsewinkel

An die

Bürgermeisterin der Stadt Harsewinkel  
Frau Sabine Amsbeck – Dopheide  
Münsterstraße 14

**33428 Harsewinkel**

Oldies der UWG Harsewinkel  
Vertreten durch Hans Schlee und Friedhelm  
Schmitz  
Reichenbacher Straße 6  
33428 Harsewinkel  
Telefon: (05247) 3943 und 3457  
Telefax: (05247) 408138  
E-Mail: [friedhelm.schmitz@freenet.de](mailto:friedhelm.schmitz@freenet.de)  
[www.uwg-harsewinkel.de](http://www.uwg-harsewinkel.de)

Harsewinkel, den 23.10.06

Sehr geehrte Frau Amsbeck – Dopheide!

Wir nehmen Bezug auf unser Schreiben vom 26.09.2006 in Sachen der PFT – Thematik. Der Kreis Gütersloh – Abteilung Tiefbau – hat uns am 05.10.2006 eine Stellungnahme zugesandt. Vorab für Ihre Bemühungen herzlichen Dank.

In dem Schreiben des Kreises Gütersloh unter dem PUNKT I – Ausbringungsflächen wurde auch eine Bemerkung zu den in der Nähe befindlichen Hausbrunnen geschrieben.

Das Düngematerial wurde vor der Verbringung auf die landwirtschaftlichen Flächen auf eine Fläche abgekippt. Hier lagerte das Gut und wurde anschließend verbracht. Diese Fläche ist von dem Brunnen in dem einen Fall ca. 200,00 m entfernt und in ca. 50,00 m Entfernung befindet sich ein großer tiefer Teich. Sollte das verseuchte Wasser in diesen Teich kommen, könnte eine Verseuchung des Grundwassers noch schneller erfolgen.

Es sollen nicht, wie in dem Schreiben aufgeführt 2 Flächen, sondern 6 Flächen mit dem Mittel gedüngt worden sein.

Aufgeschreckt durch die vielen Zeitungsberichte fragen wir deshalb nochmals an, ob Bodenproben auch von diesen Flächen genommen wurden, da diese doch sehr nahe an dem vorgenannten Hausbrunnen bzw. an dem vorgenannten Teich liegen. Wenn dies nicht der Fall ist, bitten um Prüfung, ob die Bodenproben von den Flächen und eine Wasserprobe aus dem Teich entnommen und untersucht werden können.

Zu dem PUNKT II – Boden- und Wasseruntersuchungen – möchten wir wie folgt Stellung nehmen. Sicherlich ist es so, dass der Grundstückseigentümer mit der GW – Umwelt verhandelt hat. Sicherlich ist es auch so, dass für diese Düngemittel ein Gutachten vorliegt, aus dem hervorgeht, dass die Verbringung unbedenklich ist. Der Landwirt musste sich also auch auf dieses Gutachten verlassen können.

Wir geben Ihnen als Anlage von verschiedenen Unterlagen Kopien.

Wegen der hochgiftigen Substanz wollen Sie bitte unsere Anfrage nicht als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ansehen, sondern wir bitten um Verständnis, dass da hier gesundheitliche Schäden entstehen können.

Wir bitten um weitere Veranlassung. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

Inzwischen verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

## **Anlage**

**Kopie der Verbringungsgenehmigung des  
Staatlichen Am für Umwelt und Arbeitsschutz OWL  
03.11.2004**

Durchschrift an den Kreis Gütersloh

### Hierzu eine kurze Stellungnahme:

Dem Kreis werden weitere Ausbringungsflächen benannt, damit diese Flächen dem Land NRW bekannt werden. Das Land NRW organisiert die Bodenproben. Sollten wir weitere Kenntnis von den Bodenproben erhalten, werden wir diese öffentlich machen. Im Sinne der Landwirte hoffen wir auch, dass eine Verseuchung der Böden nicht gegeben ist, damit die Grundstücke weiter verwandt werden können.

Aus einer Pressemitteilung in einer Tageszeitung haben wir entnommen, dass die Firma GW – Umwelt schon seit Jahren in Verdacht steht, sich bei der Abfallverarbeitung nicht an die Gesetze zu halten. Der Kreis Gütersloh hat seit 2001 mehrere Bußgeldverfahren eingeleitet. Die Akte soll inzwischen 600 Seiten stark sein. Wir wissen nicht, welche Städte des Kreises Gütersloh ihren Klärschlamm über die GW – Umwelt entsorgen. Wenn die GW – Umwelt so im Zentrum der Kritik stand, so sind zumindest die Kommunen des Kreises Gütersloh hiervon zu unterrichten. Dann hat jede Kommune einen Informationsstand, um für die eigene Entsorgung (in diesem Fall des Klärschlammes) Rückschlüsse zu ziehen. Möglich wäre auch eine Benachrichtigung der Landwirte gewesen. Wir nehmen an, wenn Verwaltung und Politik der Stadt Harsewinkel über den Ruf der Firma GW – Umwelt gewusst hätten, wären im Betriebsausschuss hierzu entsprechende Entscheidungen gefallen. Die Schlussfolgerung hieraus ist, dass evtl. der Nachrichtenfluss zwischen Kreis und Kommune verbessert werden muss.